



"Die Alten werden immer jünger"

Perspektiven der Altersvorsorge nach der 10. AHV-Revision

Dank einem erpresserischen Päckli brachte das Ja zur 10. AHV-Revision in der Volksabstimmung vom letzten Juni eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen mit sich. Dies, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung ein tieferes AHV-Alter für Frauen und Männer befürwortet. Mitte September lud MOMA Rita Schmid Göldi, Helmut Hubacher, Bernhard Pulver und Andreas Rieger zum öffentlichen Redaktionsgespräch. Wir wollten wissen, mit welchen Schritten die Heraufsetzung des AHV-Alters trotz Abstimmungsresultat verhindert oder das Rentenalter wieder gesenkt werden kann. Die Diskussion wurde geleitet von Corinne Schärer. Die Abschrift besorgte Roland Brunner.

Vor der Abstimmung über die 10. AHV-Revision am 25. Juni gab es innerhalb der Linken eine sehr kontroverse Diskussion über das Gewerkschaftsreferendum. Nachdem sich die SPS in einer Urabstimmung für die AHV-Revision ausgesprochen hatte, blieben die

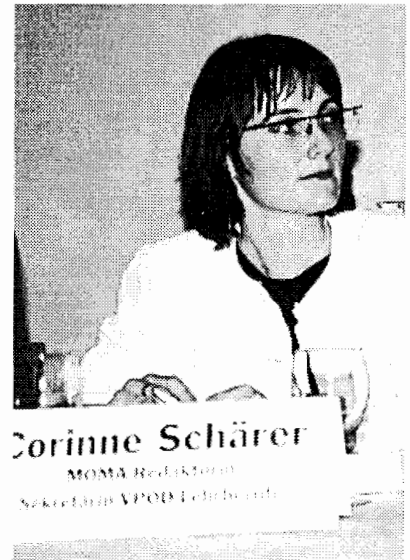
Gewerkschaften allein mit ihrer Nein-Kampagne. Beide Seiten betonten aber, dass es sich mehr um eine taktische als um eine politische Frage handle und dass nach der Abstimmung wieder gemeinsam an einem Strick gezogen werden müsse. Davon ist bisher wenig zu sehen. Die Auseinandersetzung ist nach der Abstimmung eingeschlafen. Ist die Frage nach dem Rentenalter weg vom Tisch? Wie hat das Abstimmungsresultat vom 25. Juni die Chancen für eine Senkung des Rentenalters und für flexible Lösungen beeinflusst? Welche Bilanzen wurden in den Verbänden gezogen?

Rita Schmid Göldi: Der Schweizerische Kaufmännische Verband SKV und die Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände VSA haben für ein "Ja, aber" votiert. Da die politischen Spielregeln bei einer Abstimmung ein "Ja, aber" nicht zulassen, haben wir mit unserer Position und unserer Kampagne zu einer Annah-

me der 10. AHV-Revision beigetragen. Das "Aber" haben wir mit unserer Initiative zur Flexibilisierung des Rentenalters für Männer und Frauen konkretisiert. Für diese moderne und zukunftsweisende Initiative läuft weiterhin die Unterschriftensammlung.

Die Menschen haben mit der 10. AHV-Revision einem System- und Kulturwechsel in der Altersvorsorge zugestimmt, indem unbezahlte Arbeit rentenwirksam wird. Wenn wir heute unsere Kräfte zusammenbringen und uns nicht in Profilierungskämpfen verlieren, können wir mit den Initiativen des SKV und der GPS die Erhöhung des Rentenalters weiterhin verhindern und Vorarbeit leisten für die 11. AHV-Revision. Die weitergehenden Rationalisierungen an den Arbeitsplätzen, die Frühpensionierungen usw. schaffen den Boden für solche flexiblen Lösungen.

Helmut Hubacher, Sie haben gegen die Position Ihrer Partei die Erhöhung des Rentenalters



bekämpft. Welche Möglichkeiten sehen Sie heute, die Erhöhung real zu verhindern?

Helmut Hubacher: Wir haben immer betont, dass eine Annahme der AHV-Revision die Senkung des AHV-Alters erschweren wird. Eine Senkung des AHV-Alters ist jetzt auch nicht mehr kostenneutral durchzuführen. Wir haben einen Volksentscheid, der die weitere Arbeit sicher nicht erleichtert.

Bernhard Pulver, die Grünen haben die Position vertreten, erst müssten die Errungenschaften der 10. AHV-Revision gesichert werden, um dann das Rentenalter wieder zu senken. Wie sehen Sie diese Chancen heute?

Bernhard Pulver: Parteien, Gewerkschaften und Verbände sind unterschiedliche Wege gegangen. Das gemeinsame Ziel, die Erhöhung des Rentenalters zu verhindern, bleibt aber im Vordergrund. Unabhängig von den Positionen zur Abstimmung vom 25. Juni müssen wir heute die Zusammenarbeit suchen. Der Beschluss der Volksabstimmung bedeutet, dass im Jahr 2001 das Frauen-Rentenalter um ein Jahr erhöht werden soll und erst im Jahr 2005 um ein weiteres Jahr. Vorläufig ist das Rentenalter also noch nicht erhöht worden. Mit unseren Initiativen müssen wir also nicht das Rentenalter wieder senken, sondern die geplante Erhöhung verhindern. Dazu bleiben uns noch einige Jahre Zeit.

Die Errungenschaften der 10. AHV-Revision bedeuten einen Quanten-

sprung in der Gleichberechtigung der Geschlechter, in der Gleichstellung von Frau und Mann in der Sozialvorsorge. Diese Errungenschaften sind der positive Schritt des 25. Juni. Gegen die von einer Mehrheit der Schweizer Bevölkerung abgelehnte Erhöhung des Rentenalters werden seitdem intensiv Unterschriften gesammelt für die Tandem-Initiative der Grünen und für die Flexibilisierungs-Initiative des SKV. Damit wird der Bevölkerung die Chance gegeben, über das Rentenalter getrennt vom Systemwechsel abzustimmen.

Andreas Rieger, die Gewerkschaft Bau und Industrie hat trotz hohem Mittel- und Energieeinsatz für das Referendum gegen die 10. AHV-Revision am 25. Juni eine Niederlage eingesteckt. Sind damit für die Gewerkschaften die Chancen verspielt?

Andreas Rieger: Die Chancen für die Senkung des Rentenalters sind nach diesem Abstimmungsergebnis sicher schlechter. Natürlich kann man sagen, die reale Erhöhung geschehe erst im Jahre 2001 und könne deshalb noch verhindert werden. Das Volk hat aber am 25. Juni ein Gesetz angenommen, das unmittelbar Folgen zeigt: Pensionskassen-Reglemente werden schon heute abgeändert und dem zukünftigen Rentenalter angepasst, die Menschen beginnen, ihre eigene Lebensplanung entsprechend zu ändern, die Lebensversicherer mischen sich ein usw. Diese neue Realität, die schon heute geschaffen wird, verschlechtert unsere Chancen.

Die Bürgerlichen halten zudem klar an einer Erhöhung des Rentenalters fest. Leider sind die bürgerlichen Kräfte die eigentlichen Sieger des 25. Juni und nicht die Grünen, die SPS oder der Kaufmännische Verband mit ihrer "Ja, aber"-Position. Politisch gewonnen hat die Position "Ja, ohne wenn und aber".

Mit welchen konkreten Schritten kann dieser neuen Realität, die schon heute geschaffen wird, begegnet werden?

Bernhard Pulver: Die Zeit arbeitet für uns. Eine Senkung und Flexibilisierung des Rentenalters ist alleine schon wegen der hohen Arbeitslosigkeit nötig. Die Individualisierung der Lebensarbeitszeiten erfordert eine flexible Alterslösung für die Zukunft.

Die 11. AHV-Revision wird sich dieser Frage annehmen müssen. Die bürgerlichen Bestrebungen, das AHV-Alter zu erhöhen, hätten auch bei einer Ablehnung der 10. AHV-Revision nicht nachgelassen. Die Erhöhung des Rentenalters kann nur mit einer Verfassungsinitiative verhindert werden, die ein flexibles Rentenalter 62 fest schreibt. Die noch fertig zu sammelnden Volksinitiativen der Grünen und des SKV sind hierzu entscheidend.

Tatsächlich werden heute bei Pensionskassen und Lebensversicherungen schon Anpassungen unternommen. In vielen Betrieben läuft hier aber auch eine gegenteilige Entwicklung: Pensionskassen werden auf Rentenvorbezug mit flexiblem Rentenalter eingerichtet. Auch bei Rationalisierungsmassnahmen wird aus



betriebswirtschaftlichen Gründen auf flexible Lösungen gesetzt.

Helmut Hubacher: Ich bin sehr skeptisch zu glauben, dass die Zeit wirklich für uns arbeitet. Alle hier waren sich einig, dass wir sowohl die Errungenschaften der 10. AHV-Revision wollen und eine Erhöhung des Rentenalters ablehnen. Es blieb dann eine Ermessensfrage, welches Vorgehen dies eher ermöglicht. Meine Überlegung war, dass es sehr viel schwieriger sein wird, das Rentenalter nach diesem Volksentscheid wieder nach unten zu korrigieren, weil es dabei um eine Finanzierungsfrage geht. Da die gesamte AHV-Rechnung in den nächsten Jahren sowieso ungünstiger ausfallen wird, sind die Spielräume sehr klein. Schon heute kommen Signale aus dem Bundesamt für Sozialversicherungen, dass das für die AHV-Finanzierung reservierte Prozent der Mehrwertsteuer schon früher eingesetzt werden muss, als auch unsere eigenen Berechnungen ergeben haben. Diese finanzielle Belastung erschwert progressive Schritte, die zusätzliche Kosten verursachen.

Rita Schmid Göldi: Gerade hat die Swissair wieder bekanntgegeben, dass 1600 Stellen abgebaut werden. 300 Menschen werden entlassen, und 1300 Stellen werden mit "natürlichen Abgängen" aufgefangen. Die Macht des Faktischen gebietet eine Flexibilisierung der AHV und der zweiten Säule. Sozialpläne bei Betriebschliessungen und Entlassungen setzen immer häufiger auf flexible Strategien. In den Verhandlungen um die Gesamtarbeitsverträge bestehen wei-

tere Spielräume für flexible Regelungen. Bis zum Jahr 2001 wird die Wirtschaft selbst den Beweis erbringen, dass flexible Rentenlösungen sinnvoll und möglich sind.

Andreas Rieger: Tatsächlich entsteht aus der Realität ein Druck. In einem MOMA-Artikel (Nr. 4-95) habe ich aufgezeigt, wie die vielen "Pensionierten ohne Pension", die "Frührentenierten der Arbeitslosigkeit", die BezügerInnen von Invalidenrenten usw. immer mehr zunehmen und dadurch faktisch das Rentenalter gesenkt wird. Ich glaube aber nicht daran, dass in Zukunft Zehntausende von Frauen bis zum 64. Altersjahr erwerbstätig sein werden. Der Trend, dass immer weniger Erwerbstätige bis zum Erreichen des offiziellen AHV-Alters tatsächlich erwerbstätig sind, wird weitergehen. In Branchen und Betrieben, die genügend Geld haben, wird im Falle von Arbeitsplatzabbau Hand geboten für vorzeitige Lösungen. Ein Recht darauf für ArbeitnehmerInnen besteht aber nicht. Die Unternehmer weigern sich, ein solches Recht festzuschreiben, sondern wollen darüber als Gnadenklasse selber verfügen. In den Branchen wie Bau, Gastgewerbe, Verkauf usw., in denen die Hälfte der Erwerbstätigen beschäftigt sind, bestehen gar keine vorzeitigen Pensionierungen. Hier werden die Leute einfach in die Arbeitslosigkeit entlassen.

Im Rahmen der 11. AHV-Revision wird es weitere Flexibilisierungsschritte geben, wie sie heute schon bestehen: Rentenvorbezug zum vollen Kürzungssatz. Flexibilisierung allein bedeutet damit noch keine Bes-

Die DiskussionsteilnehmerInnen von links nach rechts:

Bernhard Pulver ist Sekretär der Grünen Partei der Schweiz.

Andreas Rieger ist Sekretär der Gewerkschaft Bau und Industrie GBI.

Corinne Schärer arbeitet als VPOD-Sekretärin, Sektion Zürich Lehrberufe, und ist MOMA-Redaktorin.

Rita Schmid Göldi ist Frauenbeauftragte des Schweizerischen Kaufmännischen Verbandes SKV und dort auch zuständig für Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Helmut Hubacher ist Nationalrat der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz SPS.

erstellung für die Erwerbstätigen. Die kleinen Verbesserungen der Arbeitslosenversicherungen bei Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren vor Rentenbezug sind einige der Ventile, mit denen der Sozialstaat die Probleme auffangen will. Wir sehen auch, wie die IV-Renten bei älteren Menschen explodieren. Unter dem Vorzeichen der Invalidität werden hier "Vorruhestandsrenten" ausbezahlt – mit all der Demütigung, die dies für die Menschen bedeutet. Vielleicht werden wir als Gewerkschaften noch stark genug sein, hier einige Verbesserungen herauszuholen. Ob wir aber ein wirkliches Anrecht auf eine eigenständige Ruhestandsrente – auch in der zweiten Säule – durchsetzen können, die mehr ist als ein Konjunkturpuffer, ist offen.

Rita Schmid Göldi: Wir müssen auf Kostenwahrheit und Kostentransparenz in den Sozialversicherungen hinweisen. Werden Invaliden- und Arbeitslosenversicherung, Sozialhilfekosten und Altersvorsorge zusammengenommen, sind kostenneutrale Verbesserungen weiterhin möglich.

Helmut Hubacher: Die real existierenden Machtverhältnisse verhindern eben zum Teil eine fortschrittliche Lösung der Probleme, die die Macht des Faktischen schafft. Tatsächlich werden Menschen heute immer früher aus dem Arbeitsprozess geworfen. Die Alten werden immer jünger. Heute sind Erwerbstätige mit 40 oder 50 Jahren schon zu alt, um neu vermittelt zu werden. Eine Bekannte, 51 Jahre alt, wurde vor zwei Jahren bei Konkurs ihres Arbeitgebers arbeitslos. Sie war



Chefsekretärin und ausserordentlich tüchtig. Seit zwei Jahren sucht sie eine Stelle, hat 350 Bewerbungen geschrieben und wenn Antwort kam, wurde sie immer mit der höflichen Begründung "überqualifiziert" abgelehnt. "Überqualifiziert" ist die vornehme Formulierung für "zu alt".

Es wird heute versucht, den älteren Menschen Angst zu machen, die AHV sei finanziell nicht mehr gesichert. Diese Angstkampagne wird geschürt, um eine AHV "nach Bedürfnissen" zu schaffen. Der Rechtsanspruch auf Altersvorsorge soll abgeschafft werden und die heutigen Probleme, eine ausgeglichene Rechnung zu erreichen, werden dazu verwendet. Die finanziellen Spielräume sind heute klein, und ohne

konkrete Vorschläge, wie soziale Verbesserungen finanziert werden können, ist heute keine Abstimmung – auch nicht beim Rentenalter – zu gewinnen. Wenn die Senkung des Rentenalters und ein flexibler Rentenfrühbezug nur über eine Erhöhung der Prämien finanziert werden kann, ist eine Annahme der Flexibilisierungs-Initiative alles andere als gesichert.

Bernhard Pulver: Das Problem der Erwerbslosigkeit wird sicher nicht einfach mit dem nächsten Konjunkturaufschwung gelöst. Prognosen und Erfahrungen zeigen, dass wir auch in der Schweiz mit einer Sockelarbeitslosigkeit zu rechnen haben. Erwerbslosigkeit, die Gleich-

stellung der Geschlechter, aber auch die Individualisierung der Biografien sowie die Interessen der Wirtschaft drängen auf eine Flexibilisierung der Rentenfrage und damit auf eine Senkung des Rentenalters.

Rita Schmid Göldi: Die Auffang-Initiative der Gewerkschaften kommt noch vor dem Jahr 2001 zur Abstimmung, da sie schon eingereicht ist. Diese Initiative ist wie eine Sicherung, ein Netz. Sie kam problemlos zustande und ich bin zuversichtlich, dass sie auch angenommen wird.

Die 11. AHV-Revision lässt ja offensichtlich länger auf sich warten, als dies versprochen wurde. Vor dem Jahr 2000 kommt kaum eine Botschaft des Bundesrates. Die Inkraftsetzung der 11. AHV-Revision kann damit sicher die erste Heraufsetzung des AHV-Alters im Jahr 2001 nicht verhindern. Was soll bis dann geschehen?

Helmut Hubacher: Die Auffang-Initiative muss im Parlament spätestens bis 1999 behandelt werden und kommt damit sicher vor dem Jahr 2001 zur Abstimmung.

Andreas Rieger: Die Auffang-Initiative wurde vor allem lanciert, damit im Falle einer Ablehnung der 10. AHV-Revision durch unser Referendum trotzdem die Errungenschaften aufgefangen werden können. Sie wurde aber absichtlich so formuliert, dass sie auch im umgekehrten Fall, der jetzt eingetreten ist, wirken kann. Diese Initiative ist aber nur ein Defensiv-Instrument, das die Verschlechterung verhindert, indem sie am Zustand vor dem 25. Juni anknüpft. Indem sie nicht das gleiche Rentenalter für Mann und Frau fordert, bietet sie Angriffsfläche. Sie übt Druck aus, genügt aber nicht. Sie muss kombiniert werden mit den Initiativen des SKV und der Grünen. Wir müssen ein gemeinsames Vorgehen auf all diese Abstimmungen hin erreichen.

Rita Schmid Göldi: Diese Strategie haben wir schon eingeschlagen, indem Gewerkschaftsbund und VSA/SKV eine gemeinsame Kampagnenplanung diskutieren. Zudem



Generationen-Solidarität überfordert? Noch ist die AHV das populärste Sozialwerk der Schweiz.



müssen sich Gewerkschaften und Angestelltenverbände eine gemeinsame Stossrichtung für die 11. AHV-Revision erarbeiten, die finanzierbar und sozial gerecht ist. Mit eigenen Vorschlägen, die wir gemeinsam entwickeln, können wir verhindern, dass wir wieder aufgespalten werden, wenn wir auf bürgerliche Projekte antworten müssen.

Rudolf Strahm hat kurz nach der Abstimmung vom 25. Juni einen Vorschlag für die 11. AHV-Revision eingebracht, der den Renten vorbezug ermöglicht über eine soziale Abstufung: 10 Prozent Rentenkürzung bei den höchsten Einkommen bei Renten vorbezug, aber keine oder eine nur sehr geringe Rentenkürzung für untere Einkommen. Bietet ein solcher Kompromiss einen gangbaren Weg zu einer finanzierbaren Verbesserung der Altersvorsorge und der Senkung des Rentenalters?

Bernhard Pulver: Die laufenden Initiativen von SKV und Grünen sind sicher das beste Druckmittel. Der Vorschlag einer flexiblen Lösung ab dem 62. Altersjahr ohne Rentenkürzung ist finanziell vertretbar und kostet kaum mehr, als heute über die Arbeitslosenkassen getragen werden muss. Der Vorschlag von Rudolf Strahm ist ein interessantes Kompromissangebot. Heute muss es uns aber nicht um die Kompromisse gehen, sondern zuerst um unsere eigenen Forderungen. Zu guten Kompromissen können wir immer noch Hand bieten, falls wir unsere Forderungen nicht durchsetzen können. Mit unserer zweiten Initiative schlagen wir einen Finanzierungsmodus der sozialen Fortschritte vor: die Einführung einer Energiesteuer statt der weiteren Erhöhung der Lohnprozente.

Helmut Hubacher: Ich kann mir heute die 11. AHV-Revision noch nicht vorstellen. Die Initiativen bringen aber sicher den Druck auf den Bundesrat, bei der 11. AHV-Revision soziale Zugeständnisse zu machen. Vor dem Parlament wird die AHV-Expertenkommission beraten. Der Bundesrat wird kaum erst alle drei Initiativen zur Abstimmung bringen und sich erst dann um die 11. AHV-Revision kümmern. Die Initia-

AHV-Initiativen im Überblick

Eingereichte Initiative

Im Juni dieses Jahres wurde die **Auffanginitiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und des Christlich-Nationalen Gewerkschaftsbundes** eingereicht. Sie verlangt die Einführung der 10. AHV-Revision ohne Rentenaltererhöhung und hätte bei einem Nein zur 10. AHV-Revision die fortschrittlichen Teile der Vorlage (Splitting, Betreuungs- und Erziehungsgutschriften) gesichert. Nach dem Ja zur 10. AHV-Revision kommt die Initiative jetzt nicht sofort, spätestens aber 1999, zur Abstimmung. Sie würde das Rentenalter der Frauen wieder auf 62 festsetzen.

Hängige Initiativen

Initiative des Schweizerischen Kaufmännischen Verbandes und der Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände "Für eine Flexibilisierung der AHV – Gegen die Erhöhung des Rentenalters für Frauen":

Die Initiative sieht vor, dass Frauen und Männer ab dem vollendeten 62. Altersjahr die AIV beziehen können, wenn sie keine Erwerbstätigkeit mehr ausüben oder wenn ihr Erwerbseinkommen nicht mehr als 150 Prozent der AIV-Mindestrente ausmacht. Damit wird ein teilweiser Ausstieg aus dem Erwerbsleben ohne Rentenkürzung möglich. 1995 beträgt die monatliche Mindestrente 970 Franken, das maximale zusätzliche Einkommen entspräche 1455 Franken.

Die Kosten der Vorlage betragen nach Schätzungen des Kaufmännischen Verbandes 830 Millionen pro Jahr, nach dem SGB 2 bis 3 Milliarden. Die Initiative wurde kurz nach der im Parlament beschlossenen Erhöhung des Rentenalters für Frauen am 15. November 1994 lanciert, die Sammelfrist läuft am 15. Mai 1996 ab.

Doppelinitiative der Grünen "Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann" und "Für eine gesicherte AHV - Energie statt Arbeit besteuern!":

Erste Initiative:

Diese hat die gleichen Ziele wie diejenige des Kaufmännischen Verbandes mit dem Unterschied, dass bei Teilerwerbstätigkeit die Rente auf jeden Fall gekürzt wird. Die Grünen rechnen daher mit AIV-Einsparungen bis zu 90 Millionen Franken. Berechnet wurden für die Vorlage 1 bis 1,4 Milliarden Franken Kosten und 600 bis 800 Millionen Franken Einsparungen bei der ALV.

Zweite Initiative:

Mit dieser Initiative schlagen die Grünen einen neuen Finanzierungsmechanismus vor, mit dem die durch das flexible Rentenalter ab 62 entstehenden Kosten gedeckt werden sollen. Die Initiative will eine Energiesteuer auf nicht erneuerbaren Energieträgern und auf Wassergrosskraftwerken einführen.

Lanciert wurde die Initiative fast gleichzeitig wie diejenige des KV, nämlich am 22. November 1994, gesammelt kann noch bis am 22. Mai 1996 werden.

Vorstoss im Parlament

Eine vom National- und Ständerat gutgeheissene Motion beauftragt den Bundesrat, in der 11. AHV-Revision das Rentenalter von Frauen und Männern anzugleichen. Der Vorstoss verlangt, dass die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung berücksichtigt wird. Gegen die Motion stimmten die SP und die Grünen, weil sie einer generellen Erhöhung des Rentenalters Vorschub leistet.

tiven bringen ein Gewicht in die Verhandlungen ein und sie bestimmen den zeitlichen Fahrplan für die 11. AHV-Revision.

Andreas Rieger: Ich will auch nicht heute schon einen Kompromiss für

das Jahr 2001 überlegen. In den nächsten Monaten wird der Schweizerische Gewerkschaftsbund seine Haltung und eine aktive Unterstützung der Initiativen von GPS und SKV diskutieren – und sich damit für die entsprechenden Forderungen einsetzen.



zen. Die Initiative der Grünen beinhaltet einen konzeptionell sehr interessanten und zukunftssträchtigen Vorschlag zum teilweisen Ruhestand. Ein Recht auf einen Rentenbezug unter Beibehalt einer teilzeitlichen Erwerbsarbeit scheint mir sehr interessant. Auf Seiten der Finanzierung müssen wir Vorschläge entwickeln. Alle Initiativprojekte werden bei ihrer Annahme zu neuen Kosten führen. Wir stossen bei den Lohnprozenten an Grenzen, die wir nicht weiter ausdehnen können. Hier ist konzeptionelles Denken gefordert.

Fragen aus dem Publikum

Der Druck auf die AHV – auch auf die bestehenden Errungenschaften – wird weiter zunehmen. Die demografische Entwicklung wird auch das bestehende System weiter verteuern. Wir können froh sein, wenn es gelingt, den jetzigen Stand zu verteidigen. Ich bin skeptisch bezüglich der Initiativen als Druckmittel, denn Initiativen, die etwas kosten, haben in diesem Land kaum eine Chance auf Mehrheiten.

Rita Schmid Göldi: Ob die Initiativen Mehrheiten finden, wird sich weisen. Als Druckmittel wirken sie immer. Die Ausbau-Initiative von SP und Gewerkschaften beispielsweise erreichte, dass die Gleichstellung der Geschlechter mit Betreuungs- und Erziehungsgutschriften in die 10. AHV-Revision aufgenommen wurde.

Es wurde gesagt, die Zeit arbeite für die Flexibilisierung, die Zeit arbeite für uns. Zeit arbeitet aber nicht, weder für noch gegen uns. Wenn schon müssen wir in und mit der Zeit arbeiten. Die reale Entwicklung geht heute zwar in Richtung Flexibilisierung, dies bedeutet aber meist auch Entsolidarisierung. Flexible Lösungen sind meist nur für diejenigen möglich, die sich solche individuell leisten können. In der Auseinandersetzung um die 10. AHV-Revision erschien es, als setzten die Gewerkschaften und zum Teil die SPS auf das Sicherheitsbedürfnis der älteren Menschen, auf die sozialen Interessen und auf

Besitzstandwahrung, während die Grünen und modernistische Teile der SPS auf jung-dynamisch-flexible Aufsteigerschichten setzten. Gibt es realistische gesellschaftliche Visionen, die eine solidarische und flexible Perspektive für die älteren Menschen bieten, die aber die Solidargemeinschaft der Jungen, die diese Lösung annehmen und finanzieren müssen, nicht überdehnt? Gibt es Konzepte, die Flexibilisierung nicht gegen Solidarisierung ausspielen, sondern die flexibel genug sind, um für alle solidarisch tragbar zu sein?

Bernhard Pulver: Selbstverständlich hat auch Flexibilisierung ihre zwei Seiten. Flexibilisierung kann auf Kosten der sozial Schwächeren geschehen, wenn sie so ausgestaltet wird, dass sie in Gegensatz tritt zu sozialer Sicherheit. Wir müssen uns für eine Flexibilisierung im Rahmen der sozialen Sicherheit einsetzen. Flexibilisierung darf nicht Deregulierung bedeuten, sondern wir wollen eine regulierte Flexibilisierung, eine flexible Lösung mit Schutzmechanismen. Im Französischen finden wir für Flexibilisierung beim Rentenalter den viel besseren Ausdruck: "retraité à la carte".

Rita Schmid Göldi: "Deregulierung", "Flexibilisierung" oder "Entsolidarisierung" sind Begriffe einer Diskussion, die unabhängig von der AHV ins Rollen kam. Wir sind gefordert, Antworten zu entwickeln, die nicht einfach alle Schritte Richtung Flexibilisierung strikt zurückweisen. Wir müssen uns die Definitionsmacht aneignen und stark genug werden, die Form und den Inhalt dieser Prozesse zu beeinflussen oder zu bestimmen.

SKV/VSA und der Schweiz. Gewerkschaftsbund SGB haben eine gemeinsame Plattform erarbeitet. Offen ist noch die Frage, ob der Christlich-Nationale Gewerkschaftsbund CNG sich anschliessen wird. Eine Vereinbarung besteht, die die gemeinsame Trägerschaft für die SKV/VSA-Initiative beinhaltet und die eine gemeinsame Plattform für die 11. AHV-Revision anzielt. Die Grünen haben an diesen Diskussionen teilgenommen.

Andreas Rieger: Oft wird behauptet, die Generationensolidarität bezüglich AHV sei aufgelöst worden. Sie wird aber mehr totgeredet als sie tatsächlich ist. Die Privatversicherer haben dieses Geschäft betrieben: Es wird behauptet, die Jungen seien nicht mehr bereit, das System der sozialen Sicherheit allgemein und die Kosten der Altersvorsorge speziell zu bezahlen. Damit wollen sich die Privatversicherungen als Alternative anbieten. Nach wie vor hat die AHV aber noch eine klare tragfähige Basis. Laut einer Nationalfonds-Studie mit Befragungen von jüngeren Menschen findet die AHV noch breite Akzeptanz. Der Generationenvertrag ist nicht gebrochen.

Oft wird auch behauptet, die Jungen sorgten nicht mehr für die Alten. Untersuchungen zeigen aber, dass die Jungen zwar nicht mehr mit den Alten unter einem Dach wohnen, dass aber Pflege, Sorge und Beziehungen nicht schwächer wurden. Diese Werte der Solidarität müssen wir pflegen und sie stärken, statt sie totzureden. Das Modell der AHV ist weiterhin akzeptiert und ein System, das über mehrere Generationen hinweg eine solche Bereitschaft fand, sollte nicht fahrlässig für andere visionäre Modelle infragegestellt werden.

Helmut Hubacher: Die AHV ist das populärste Sozialwerk der Schweiz und die billigste Versicherung. ArbeitnehmerInnen bezahlen 4,2 Prozent. Sie können einfach vergleichen mit den betrieblichen Pensionskassen, die zwar mehr kosten, aber nicht mehr Leistungen erbringen. Rein rechnerisch ist die AHV ein gutes Geschäft. Die Verwaltungskosten der AHV sind 10- bis 20mal geringer als bei der zweiten Säule der Banken und Versicherungsgesellschaften. Auch Jüngere, die schon im Erwerbsleben stehen, schätzen es doch sehr, dass ihre Eltern finanziell relativ unabhängig sind und man nicht mehr wie noch vor einigen Jahrzehnten für die Alten aufkommen muss.

Vielen Dank für die interessante Diskussion.